

China plant, bis zum Jahre 1990 die allgemeine Schulpflicht einzuführen. Diese ist zwar in der Verfassung schon festgeschrieben, doch in der Praxis besteht sie noch nicht, weil bisher Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken, nicht bestraft werden. Jiangsu ist nun die erste Provinz, die tatsächlich die allgemeine Schulpflicht einführt, indem es eine Verletzung der Schulpflicht unter Strafe stellt. Am 27. Juni 1984 hat der Volkskongreß der Provinz Jiangsu zwei Verfügungen erlassen, die am 1. Januar 1985 in Kraft treten. Die erste Verfügung besagt, daß keine Einheit und keine Einzelperson Analphabeten einstellen darf und daß Analphabeten im jugendlichen und mittleren Alter lesen und schreiben lernen müssen; tun sie das nicht, werden sie nicht als Arbeiter eingestuft. Wer unter den Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen der entsprechenden Altersgruppen nicht lesen und schreiben kann, kann nicht regulärer Arbeiter werden. Die zweite Verfügung beinhaltet, daß Eltern oder Erziehungsberechtigte verpflichtet sind, ihren Zöglingen im Schulalter eine abgeschlossene Grundschulbildung zuteil werden zu lassen. Versäumen sie es ohne Grund, ihrer Verpflichtung nachzukommen, wird eine Geldstrafe erhoben. Zugleich wurde beschlossen, den Etat für das Bildungswesen zu erhöhen (RMRB, XNA, 28.6.84).

Jiangsu gehört zu den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Provinzen Chinas und kann es sich daher schon jetzt leisten, die allgemeine Schulpflicht zu verwirklichen. Diese läßt sich nur durchsetzen, wenn bei Vernachlässigung der Schulpflicht scharfe Sanktionen angewendet werden. Durch die neuen Vorschriften ist vor allem sichergestellt, daß junge Leute ohne allgemeine Schulbildung beruflich und damit materiell entscheidend benachteiligt sind. Bisher bedeutet eine fehlende oder mangelhafte Schulbildung nicht unbedingt einen materiellen Nachteil, zumal auf dem Lande nicht, wo es die Eltern vielfach für lukrativer halten, ihre Kinder in der Landwirtschaft mitarbeiten zu lassen, um die Erträge für die Familie zu erhöhen. Auch die Erscheinung, daß eine hohe Zahl der Schüler die Schule vorzeitig verläßt, dürfte bei Einhaltung der neuen Bestimmungen verschwinden. -st-

*(28) Tibetisch als Unterrichtssprache in Tibet

Auf einer Konferenz über das Schulwesen in Tibet wurde bekräftigt, daß Tibetisch an allen Grund- und Mittelschulen Tibets

Unterrichtssprache sein solle. Dies sei vor allem deshalb nötig, um den allgemeinen Grundschulbesuch in Tibet zu fördern. Auf der Konferenz wurde verfügt, daß zumindest an den Grundschulen, die hauptsächlich tibetische Kinder unterrichten, die Unterrichtssprache Tibetisch sein müsse. An den Mittelschulen könnten zusätzlich Kurse in chinesischer Sprache durchgeführt werden (Radio Lhasa, 28.5.84, nach SWB, 4.6.84). Das Problem besteht darin, daß es zu wenig Lehrer tibetischer Nationalität gibt und dementsprechend auch die Zahl derer, die in tibetischer Sprache unterrichten können, sehr niedrig ist. Deshalb sollen jetzt verstärkte Anstrengungen unternommen werden, mehr Studenten tibetischer Nationalität an den pädagogischen Hochschulen und Seminaren studieren zu lassen.

Um das Schulwesen in Tibet zu fördern, hat die Zentralregierung beschlossen, Tibet jährlich 20 Millionen Yuan zu gewähren, damit die gut 500 vom Staat betriebenen Grund- und Mittelschulen auf dem Lande (Schulen auf Kreis- und Distriktebene) schulgeldfrei werden. Auch Unterkunft und Kleidung werden an diesen Schulen für die Schüler umsonst sein (XNA, 23.5.84) -st-

*(29) Wiederbelebung von Musik und Tanz der konfuzianischen Riten

Im September 1984 sollen anlässlich des 2535. Geburtstages von Konfuzius im Konfuzius-Tempel in Qufu, dem Geburtsort des Konfuzius, alte Musik und alter Tanz, wie sie bei Opferzeremonien zu Ehren des Konfuzius üblich waren, vorgeführt werden. Dozenten und Studenten der Kunstabteilung der Pädagogischen Hochschule Qufu sind zur Zeit dabei, die Musik auf alten chinesischen Instrumenten und die Tänze zu proben. Die Tänzer werden Kostüme aus der Qing-Dynastie zur Zeit des Qianlong-Kaisers tragen. Die Dozenten und Studenten haben in den vergangenen Jahren alte Noten gesammelt und studiert, insbesondere Kompositionen aus der Yuan-, Ming- und Qing-Dynastie, die bei Erinnerungsfeiern für Konfuzius gespielt wurden. Aus historischen Quellen geht hervor, daß in Qufu jährlich gut fünfzig Opferzeremonien für Konfuzius mit Musik und Tanz abgehalten wurden (XNA, 25.5.84).

Für Konfuzius selbst spielte die Musik, aber auch der Tanz eine außerordentlich große Rolle. Sie waren Ausdruck der Harmonie zwischen himmlischer und irdischer Ordnung und Grundlage der von Konfuzius für so wichtig erachteten Riten. Daß die alte Kunst

heute wiederbelebt wird, bedeutet nicht etwa eine Renaissance des Konfuzianismus, sondern geschieht allein aus historischem Interesse. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

*(30) Sitzung des Politbüros über außenwirtschaftliche Öffnung und personelle Veränderungen

Einem Bericht der Beijinger Zeitung Liaowang ("Ausblick") zufolge trat das Politbüro des Zentralkomitees der KP Chinas am 30. April 1984 in Beijing zu einer Sitzung zusammen, um über die außenwirtschaftliche Öffnung von 14 Küstenstädten eine endgültige Entscheidung zu treffen (Liaowang, 11.6.84, S.9-13). Die Mitglieder des Politbüros verabschiedeten einstimmig die Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz über ausgewählte Küstenstädte, die vom 26. März bis 6. April vom ZK-Sekretariat und vom Staatsrat einberufen worden war (siehe C.a., April 1984, Ü 28). Das Politbüro beschloß den weiteren Ausbau der bestehenden 4 Wirtschaftssonderzonen (WSZ), darunter die Vergrößerung der WSZ Xiamen auf die gesamte Halbinsel Xiamen, und die außenwirtschaftliche Öffnung von 14 Küstenstädten. Dort sollen einige der außenwirtschaftlichen Politiken praktiziert werden, die bereits in den 4 Wirtschaftssonderzonen Anwendung finden. So sollen die Bedingungen für Auslandsinvestitionen verbessert und die Befugnisse der 14 Städte bezüglich der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit dem Ausland erweitert werden.

Auf der Tagung des Politbüros wurden wahrscheinlich auch folgende personelle Entscheidungen getroffen:

- die Ernennung von Qiao Shi zum neuen Direktor der Organisationsabteilung des ZK,
- die Ernennung von Wang Zhaoguo zum neuen Direktor des ZK-Hauptbüros und
- die Ernennung von Chen Pixian zum neuen Leiter ("Sekretär") der ZK-Kommission für Politik und Recht.

(siehe hierzu die diesbezüglichen Übersichten in diesem Heft.) -sch-

*(31) Deng Xiaoping über Chinas langfristigen Entwicklungsplan

Am 30. Juni 1984 machte Deng Xiaoping gegenüber einer Gruppe von japanischen Besuchern in Beijing Angaben über Chinas langfristigen

Entwicklungsplan. Deng sagte, daß es von großer Wichtigkeit für China sei, am Marxismus, an der Integration des Marxismus und der Praxis der chinesischen Revolution und am Sozialismus festzuhalten. Die chinesische Gesellschaft solle das Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" in die Praxis umsetzen.

Falls China den kapitalistischen Weg anstatt des sozialistischen Weges wähle, würde nur ein kleiner Teil des Volkes reich werden, während die überwiegende Majorität arm bleiben müsse. Gegen Ende dieses Jahrhunderts wird das chinesische Volk insgesamt vergleichsweise guten Lebensstandard haben, wenn China das Ziel erreicht, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen 800 US\$ pro Jahr beträgt, und dies auf der Grundlage der sozialistischen Verteilung. Wie Deng weiter ausführte, sei es für die Chinesen nicht zuträglich, das Land hinter geschlossenen Türen aufzubauen. Um das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen, verfolge die chinesische Regierung die Politik, die Binnenwirtschaft zu beleben und sich zur Welt hin zu öffnen. "Wir begrüßen es, wenn ausländische Unternehmer in China investieren", wiederholte er. Die Praxis der vergangenen fünf Jahre habe gezeigt, daß China auf dem richtigen Weg sei. Dies verstärke das Vertrauen der Chinesen. (XNA, 2.7.84) -lou-

*(32)

Große Auslandskredite geplant

Nach einem Bericht der japanischen Zeitung Nihon Keizai Shimbun plant China, in den nächsten 10 Jahren Auslandskredite in Höhe von 50 Mrd. US\$ aufzunehmen. Dies wurde von Parteichef Hu Yaobang mitgeteilt, der hinzufügte, chinesische Ökonomen hätten keinen Zweifel daran, daß China solche Kredite zurückzahlen könne. Die Schuldendienststrategie (das Verhältnis der Zins- und Amortisationszahlungen zu den Exporteinnahmen) sollte bei ca. 25% gehalten werden. Nach den Energieentwicklungsplänen befragt, sagte Hu Yaobang, daß die chinesische Ölproduktion auf dem Festland gegen Ende dieses Jahrzehnts 150 Mio.t betragen werde. In japanischen Bankkreisen wurde darauf hingewiesen, daß die Summe der tatsächlich von den Chinesen aufzunehmenden Kredite von den Ölfunden im Südchinesischen Meer abhängen würde. (IHT, 15.6.84) -lou-

*(33)

Über die Entwicklung in den Wirtschaftssonderzonen SHENZHEN

In Shenzhen, der größten Wirtschaftssonderzone der Volksrepublik in der Nähe von Hongkong, wurde ein fast 300 m langer Kai an der Chiwan-Offshoreöl-Versorgungsbasis in der Nähe von Shekou vorzeitig in Betrieb genommen. Der Kai kann vier Arbeitsschiffe gleichzeitig abfertigen.

Am 15. Juni 1984 wurde eine neue Industrie- und Handelsgesellschaft in Shenzhen gegründet, die die Produktion sowie den Import und Export der elektronischen Industrie in der Zone fördern soll. Die neue Gesellschaft hat das Recht, Joint Ventures mit Ausländern oder kombinierte Unternehmen mit Betrieben der Inlandsprovinzen zu gründen. Die Gesellschaft wird die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und den Austausch mit Elektronikkonzernen in anderen Ländern und Regionen fördern.

Ende Juni 1984 nahm eine aus Japan importierte Fabrik zur Herstellung von Farbfernsehgeräten ihre Produktion auf. Die Fabrik kann zwischen 100.000 und 150.000 Farbfernsehgeräte mit Bildschirmen von 35-50 cm produzieren. Während der Versuchsphase wurden 700 Geräte produziert. Die Fabrikeinrichtungen wurden von der Huali Electronics Ltd. in Shenzhen importiert; Lieferant war Sony in Japan. Huali und Sony arbeiten seit mehr als 10 Jahren zusammen.

Ende Mai 1984 wurde in Shenzhen ein Schlichtungskomitee gegründet, das Streitfragen zwischen Firmen aus der Volksrepublik und solchen aus Hongkong und Macau klären soll. Das Komitee wird auch in Streitfragen vermitteln, die aus Wirtschaftsverträgen zwischen Händlern, Bauern aus ländlichen Gebieten und juristischen Personen entstehen.

Nach Berichten der lokalen Regierung haben 25 der 51 Joint Ventures und Unternehmen im alleinigen Besitz ausländischer Investoren in Shekou Gewinne gemacht. Von 1980 bis Ende 1983 haben ausländische Firmen mehr als 1 Mrd. HK\$ in Shekou investiert. Seit Beginn des Jahres 1984 sind Verträge im Werte von 800 Mio. HK\$ zwischen Shekou und 20 Firmen aus Hongkong und dem sonstigen Ausland abgeschlossen worden; diese Summe ist das Vierfache dessen, was 1983 insgesamt erreicht wurde. Der Aufbau des Industriebezirkes begann im Jahre 1979. Während der letzten vier Jahre sind 480.000 qm Fabrikgebäude, Wohnräume und andere Einrichtungen gebaut worden. Weitere 40.000 qm sind im Bau. (XNA, 15.6., 16.6., 23.6., 6.6., 4.6.84)

ZHUHAI

In der Wirtschaftssonderzone Zhu-

hai sind nach Angaben des Bürgermeisters der Stadt Zhuhai vorwiegend Projekte im Bereich des Hotelwesens, Touristen-Zentren, Wohn- und Bürogebäude in Angriff genommen worden, um den Weg für eine schnelle industrielle Entwicklung freizumachen. Im Jahre 1984 werden die Gesamtinvestitionen in den Investbau mehr als 379,8 Mio. Yuan betragen, mehr als viermal soviel wie in den letzten vier Jahren. Für ausländische Investoren sind Standardfabriken mit einer Fläche von 150.000 qm für das laufende Jahr geplant. Unter den bereits begonnenen oder noch zu beginnenden Projekten befinden sich eine Brauerei mit einer Jahreskapazität von 40.000 t Bier (Investitionssumme 22 Mio. US\$), eine Glasflaschenfabrik (15 Mio. US\$), eine Kühlfabrik (4,9 Mio. US\$), ein computerisiertes Test- und Instandhaltungszentrum für Motorfahrzeuge (2,56 Mio. US\$) und eine Holzverarbeitungsfabrik (1,4 Mio. US\$). Andere bereits im Bau befindliche oder geplante Projekte für dieses Jahr sind: eine 110.000-Volt-Energieumspannstation, ein Tiefwasserhafen mit sechs Kais, ein internationales Durchwahltelefonsystem, die Erweiterung eines Hubschrauber-Flughafens und der Bau bzw. die Erweiterung von 17 Straße mit einer Gesamtlänge von 20 km. (XNA, 19.6.84)

XIAMEN

Seit Anfang 1984 sind zwischen der Wirtschaftssonderzone Xiamen und ausländischen Firmen ca. 49 Verträge abgeschlossen worden, die einen Wert von mindestens 190 Mio. US\$ haben. Von diesen Verträgen haben einige den Bau neuer Hotels und Restaurants oder die Renovierung alter Hotels und Restaurants zum Inhalt, während andere sich auf industrielle Joint Ventures und Gemeinschaftsproduktionen beziehen. Die Wirtschaftssonderzone Xiamen, die Bank of China und fünf Banken aus Hongkong und Macau haben eine gemeinsame Entwicklungsgesellschaft gegründet, um Mittel für den Aufbau dieser Zone aufzubringen. In Xiamen wird nun eine automatische Telefonzentrale mit 8.000 Telefonen installiert, um den ausländischen Investoren bessere Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung stellen zu können.

Nach einem am 29.5.1984 abgeschlossenen Vertrag wird in Xiamen eine chinesisch-amerikanische Zigarettenfabrik errichtet werden, die mit Kapital in Höhe von 20 Mio. US\$ ausgestattet sein wird. Vertragspartner sind die R.J. Reynolds Tobacco Company (Asia Pacific) Ltd. und die Joint Development Company Ltd. aus Xiamen. Beide Vertragspartner halten einen

Kapitalanteil von 50%; der Vertrag ist auf 18 Jahre terminiert. Das Unternehmen soll 2,5 Mrd. Zigaretten pro Jahr produzieren. Die Fabrikationsanlagen sollen im Oktober 1985 fertiggestellt sein. (XNA, 24.5. und 30.5.84) -lou-

*(34)

Deutsche Consulting-Unternehmen in China

Nach dem Jahresbericht 1983 des Verbandes unabhängig beratender Ingenieurfirmen e.V. waren bis zum 1. März 1983 die folgenden Projekte von Mitgliedsfirmen des Verbandes in der Volksrepublik China gemeldet:

DECON
1 Ausbildung Energieplaner (K)

FGU-KRONBERG
1 Gutachten Managementzentrum Shanghai

LAHMEYER
1 Analyse 2 Steinkohlebergwerke (K)

MONTAN-CONSULTING
1 Überprüfung chin. Feasibility-Studien (K)

STOTZ
1 Vorstudie Stahlgießerei

Vom 1. März 1983 bis 1. März 1984 wurden die folgenden Projekte gemeldet:

AHT
1 China Study Tour

DECON
1 Durchführung Seminare Energieeinsparungstechniken in Industrieunternehmen (K)

FGU-KRONBERG
1 Beratung Management Fortbildung

GOPA
1 Ausbildungskonzept Energieplanung

LAHMEYER INTERNATIONAL
1 Finanzanalyse 2 Steinkohlebergwerke Phase 2 (K)

MONTAN-CONSULTING
1 Technische Assistenz Energiesektor (K)

RHEINBRAUN-CONSULTING
1 Braunkohlenlagerstätte

Die mit (K) bezeichneten Projekte werden konsortial durchgeführt -lou-

*(35)

China importiert Walzstahl aus Jugoslawien

Nach einem Vertrag, der am

22.6.1984 in Sarajevo zwischen der chinesischen Metal and Mineral Import and Export Corp. und dem jugoslawischen integrierten Mineral- und Metall-Komplex Zenica abgeschlossen wurde, wird Jugoslawien die Volksrepublik von 1985 bis 1994 jährlich mit 100.000 t Walzstahl beliefern. (XNA, 28.6.84) -lou-

WIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(36)

Vizepremier Tian Jiyun über das neue Besteuerungssystem

Vizepremierminister Tian Jiyun stand Reportern der Zeitung Gongren Ribao und der Nachrichtenagentur Xinhua für ein Interview über das neue Besteuerungssystem in den Betrieben zur Verfügung. Es folgt eine Wiedergabe des Textes:

Frage: Warum muß anstatt der Ablieferung der Gewinne an den Staat nun das Besteuerungssystem eingeführt werden, und was sind die wirtschaftlichen Ergebnisse der Durchführung der ersten Phase dieser Reform?

Um eine gute Methode zu finden, das Problem der Verteilung zwischen dem Staat und den Unternehmen zu lösen, haben verschiedene Anteile an unterschiedlichen Orten und in ausgewählten Unternehmen seit 1979 das Besteuerungssystem auf Versuchsbasis durchgeführt. Einige Betriebe behielten eine Summe zurück, die aus dem Gesamtgewinn oder dem Anstieg der Gewinne beruhte, andere Betriebe setzten eine Basiszahl entsprechend dem Profit fest und unterzeichneten Verträge über die Zahlungen an den Staat oder über die Erhöhung der Zahlungen in einem gewissen Ausmaß pro Jahr. Andere defizitäre Unternehmen unterzeichneten Verträge über die Verantwortlichkeit für ihre Verluste oder über die Aufteilung der Verlustsummen mit dem Staat.

Diese auf Versuchsbasis durchgeführten Methoden haben eine Zeitlang eine positive Rolle gespielt. Einige Faktoren, wie z.B. eine Änderung des Plans oder der Aufgaben, die Veränderungen von Angebot und Nachfrage auf dem Markt und die Anpassung der Preise für Rohmaterialien und Produkte, haben jedoch in einem gewissen Ausmaß die Stabilität der Verteilung tangiert. Deswegen müssen die Basiszahl für die Verträge und der Anteil, der von den Betrieben einbehalten wird, ständig angepaßt werden; die Verteilung zwischen Staat und Unternehmen kann nicht stabilisiert werden. Eine solche

Situation hat ungünstige Folgen für die Sicherstellung von vernünftigen Gewinnen für die Betriebe in Übereinstimmung mit dem Gesetz. In einer solchen Situation kann auch kein Druck auf die Betriebe ausgeübt werden bzw. eine Motivation dafür geschaffen werden, daß Verbesserungen erzielt werden. Gleichzeitig ist die Situation auch ungünstig für die Sicherstellung stabiler Einnahmen oder die Erhöhung der Staatseinnahmen; auf diese Weise besteht auch eine ungünstige Situation hinsichtlich der effektiven Akkumulierung von Fonds durch den Staat, um den Aufbau von Schlüsselprojekten zu garantieren.

Gleichzeitig wurde das System der Besteuerung - anstatt der Ablieferung der Gewinne an den Staat - auf einer Versuchsbasis in mehreren hundert ausgewählten Betrieben des ganzen Landes eingeführt. Dieses System ersetzt die Ablieferung von Gewinnen durch die Zahlung von Steuern an den Staat. Alle Betriebe haben gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielt, obgleich ihre Methoden nicht einheitlich waren. Das System hat das Problem der Verteilung zwischen dem Staat und den Unternehmen in einer besseren Weise gelöst. Nach einem sorgfältigen Studium hat der Staatsrat die Methode der "Ersetzung der Gewinnablieferungen durch die Zahlung von Steuern" durchgesetzt. Dies war der erste Schritt bei der Errichtung des Systems der Besteuerung anstatt der Ablieferung von Gewinnen an den Staat. Trotz der Tatsache, daß die Methode nicht perfekt war, wurden im vergangenen Jahr und während der ersten vier Monate dieses Jahres bedeutende wirtschaftliche Erfolge erzielt.

Bis zu Ende des Jahres 1983 wurde das Besteuerungssystem anstelle der Ablieferung der Gewinne an den Staat in 88,6% aller Industriebetriebe, die Gewinn machen, eingeführt. Der Produktionswert dieser Betriebe stieg um 9% über den des vorhergehenden Jahres, und die Gewinne stiegen um 19,9% über die Gewinne des vorhergehenden Jahres. Die Verteilung des erhöhten Anteiles der Gewinne dieser Betriebe ist wie folgt: Ca. 61,8% wurden an den Staat abgeliefert, während die verschiedenen Betriebe 38,2% zurückbehielten. Im Jahre 1983 behielten jene Betriebe, die das Besteuerungssystem anwandten, 16,7% ihrer Gesamtgewinne zurück; die Summe der Boni und Wohlfahrtszahlungen für die Angestellten und Arbeiter belief sich auf 8,8% ihrer Gesamtgewinne. Diese Zahlen haben gezeigt, daß das Verhältnis der Verteilung zwischen Staat, Unternehmen und Individuen nun auf dem richtigen Wege und relativ